Zeitung" angedeutet; sie besteht darin, daß die Mächte gegen Bulgarien nur mittelbar etwas unternehmen können, indem sie die Türkei veranlassen, die entsprechenden Schritte zu thun. Von dieser Seite ist jedoch ein thatkräftiges Einschreiten nicht zu erwarten, die Türkei wird aus eigenem Antriebe niemals zur Besetzung Bulgariens schreiten, sondern höchstens im Auftrage der Vertragsmächte, und ein solcher Auftrag ist wiederum nach Lage der Sache nicht zu erwarten.

In dieser Beziehung liegt ein Vorgang in der Vereinigung Bulgariens mit Ostrumelien vor. Alle Mächte erwarteten nach dem 18. September 1885, daß die Türkei den früheren Zustand in Ostrumelien mit Gewalt wiederherstellen würde, das ist aber bekanntlich nicht geschehen, vielmehr besteht die Vereinigung Bulgariens und Ostrumeliens noch heute, obwohl der auf fünf Jahre zum Generalgouverneur Ostrumeliens ernannte Fürst Alexander bereits seit einem Jahre zu regieren aufgehört und bis zum gegenwärtigen Augenblick noch keinen Nachfolger erhalten hat. Man könnte die Sache so auffassen, als ob die Regentschaft die Regierung des Fürsten Alexander fortgesetzt und deshalb auch das Generalgouvernement in Ostrumelien geführt habe; dieser Zustand hätte dann aber mit dem Regierungsantritt des Prinzen Ferdinand sein Ende erreicht und Ostrumelien wäre demgemäß in das frühere Verhältniß zur Türkei zurückgetreten. Davon ist aber gar keine Rede, die Türkei beschränkt sich vielmehr auf die Erklärung, daß sie keine amtlichen Beziehungen zum Prinzen Ferdinand unterhalte. Es wäre also nach den bisherigen Erfahrungen sehr wohl denkbar, daß Prinz Ferdinand trotz aller Proteste der Vertragsmächte Fürst Bulgariens bliebe und sich in sein Schicksal, der Bestätigung der Mächte zu entbehren, ruhig ergäbe.

Nachdem Fürst Ferdinand den Eid auf die bulgarische Verfassung geleistet hat, kann er nicht aus eigenem Antriebe von der kaum übernommenen Regierung wieder zurücktreten; er ist an die Beschlüsse der Sobranje gebunden und würde nur, wenn diese ihm dazu Vollmacht ertheilte, die Regierung niederlegen können. Aber wie der Aufruf vom 14. August darthut, empfindet Fürst Ferdinand nicht die mindeste Neigung, zurückzutreten, er ist vielmehr darauf gefaßt, seinen Thron gegen feindliche Angriffe zu vertheidigen. Er ist entschlossen, alle Sorgfalt und alle Bemühungen für das Gedeihen, die Größe und den Ruhm des Vaterlandes aufzuwenden und bereit, dem Glück desselben sein Leben zu weihen. Am Schluß des Aufrufs spricht er die Ueberzeugung aus, daß Volk und Armee sich um den Thron schaaren und ihn bei allen Bemühungen für das Glück des Vaterlandes unterstützen werden. Volk und Armee haben dem Fürsten Treue gelobt, also werden sie auch zusammenstehen gegen jeden Versuch, den Fürsten von seinem Volke zu trennen. Nachdem die Dinge so weit gediehen sind, wird Bulgarien mit seinem Fürsten vor nichts zurückschrecken, was die Bewahrung der Unabhängigkeit erheischt, vorläufig aber wird man sich mit den Mächten in Güte zu einigen suchen, und als Einleitung dazu sind die wiederholten Versicherungen der Treue dem Sultan gegenüber ein ganz empfehlenswerthes Mittel.

Bei einigem guten Willen auf Seiten Rußlands ließe sich jetzt leicht ein Zustand in Bulgarien schaffen, welcher Rußlands Interessen in billiger Weise berücksichtigte und die Zustimmung der Mächte fände. Aber darin liegt die Schwierigkeit der Lage, daß Rußland jeden Vergleich zurückweist und sich auf den Berliner Vertrag beruft, den es selbst jeder Zeit zu zerreißen bereit ist. Im Gegensatz zu den übrigen Vertragsmächten erklärte Rußland die Regentschaft und die am 10. October gewählte Sobranje für ungesetzlich und versagte ihr die Anerkennung. Dadurch allein hat Rußland einen unmöglichen Zustand geschaffen und Bulgarien zur Selbsthilfe getrieben. Die Unterwerfung Bulgariens unter den Willen Rußlands wäre gleichbedeutend gewesen mit der Preisgebung der Selbstständigkeit Bulgariens. Eine Rußland ergebene Regentschaft und eine unter dem Einfluß Rußlands gewählte Sobranje würden Bulgarien zur russischen Provinz gemacht haben; dem mußte Bulgarien Widerstand leisten, und das hat es gethan. Da ihm Rußland den Fürsten verweigerte, den es mit Recht verlangte, so mußte die Sobranje zur Wahl schreiten, und wenn diese Wahl nicht eine inhaltslose Kundgebung bleiben sollte, dann mußte der gewählte Fürst auch die Regierung übernehmen. Es war ein Fehler, daß Prinz Ferdinand sich nach Annahme der Wahl auf die Verträge berief und dann diese Verträge selbst brach; er mußte die Wahl bedingungslos annehmen oder ablehnen, da die Stellung von Bedingungen der Ablehnung gleichkam. Da er sich auf den Berliner Vertrag berief, so war die Vermuthung gerechtfertigt, daß er sich unter der Hand mit den Mächten, insbesondere mit Rußland über die Annahme der Wahl verständigt hatte, und deshalb mußte es um so mehr überraschen, daß er dennoch nach Bulgarien ging und den Eid auf die Verfassung leistete. Jetzt hat er sich den Bulgaren mit seiner ganzen Person zu eigen gegeben, seine Sache ist die Bulgariens, er muß den aufgenommenen Kampf durchfechten und darf deshalb auch vor der Unabhängigkeitserklärung nicht zurückschrecken. Die Türkei wird diese Erklärung ebenso widerstandslos hinnehmen, wie die Vereinigung Bulgariens mit Ostrumelien, aber es ist zweifelhaft, ob Rußland sich mit einem bloßen Protest begnügen wird. Etwas anders liegt die Sache dieses Mal, wenn England sich, wie verlautet, den übrigen Mächten anschließt; aber von dem Protest gegen die Thronbesteigung Ferdinand's bis zur Besetzung Bulgariens durch Rußland ist ein weiter Weg, den Oesterreich-Ungarn an der Seite Rußlands sicher nicht zurücklegen wird. Heute scheint es noch, als ob Fürst Ferdinand bei den Vertragsmächten überhaupt auf keine Unterstützung zu rechnen hätte. Ist Rußland erst mit seinen Absichten klar hervorgetreten, dann wird sich die Sachlage ändern. *

Leipzig, 21. August 1887.

* Die Aufforderung eines liberalen Vereins zur Abhaltung eines allgemeinen deutschfreisinnigen Parteitages im Herbst wird von Herrn Richter in der „Freisinnigen Zeitung" kurz mit der Bemerkung abgefertigt: „Für die Abhaltung eines allgemeinen Parteitages der freisinnigen Partei liegt zur Zeit keine Tagesordnung vor". Anlaß zu einem Gedankenaustausch läge nach den Wahlen und den damit zusammenhängenden politischen Vorgängen des letzten Winters doch wohl genug vor. Allein es ist freilich begreiflich, daß es den Führer der deutschfreisinnigen Partei nicht sonderlich gelüstet, Rechenschaft über seine Leitung abzulegen, deren Erfolge in den zusammengeschmolzenen Reihen der deutschfreisinnigen Reichstagsfraction vorliegen.

* Zur diesjährigen „Generalversammlung der Katholiken Deutschlands" wird der „Kölnischen Zeitung" aus Berlin geschrieben:

„Treibende Motive zum Besuche der katholischen Generalversammlung zu Trier" lautet der Leitartikel, der augenblicklich in den ultramontanen Blättern am Rhein die Runde macht. Nimmer hätte gewiß nicht der eigentliche Zweck der diesjährigen Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Trier verrathen werden können, als dies in dem genannten Leitartikel geschieht. Nun haben wir es ja schwarz auf weiß: die katholische Generalversammlung soll das Centrum vor dem „Verdursten" schützen; sie soll durch das Aufwärmen der alten Culturkampfsklagen die bewunderte Nothwendigkeit dieser politischen Partei, die jede aufkeimende Hoffnung unsers Vaterlandes unter ihren Fuß nimmt, beweisen, soll dem Führer des Centrums, dem Welfen Windthorst, die übliche Huldigung bereiten, soll endlich die Ueberzeugung verbreiten, daß „das katholische Volk und der katholische Clerus nicht ruhen und nicht rasten werden, bis der letzte Rest des „Culturkampfes" aus der Gesetzgebung und aus der Verwaltungspraxis des preußischen Staates ausgemerzt ist." Das ist auf Grund der eigenen Aussage das Programm der diesjährigen Katholikenversammlung zu Trier. An Deutlichkeit läßt dasselbe nichts zu wünschen übrig: wir haben es mit einer rein politischen Versammlung in Trier zu thun, mit einer Versammlung, welche gegen die Gesetzgebung und die bisherige Verwaltungspraxis des preußischen Staates gerichtet ist. Und dies alles in einem Augenblick, in welchem sich die beiden erhabenen Spitzen der weltlichen und geistlichen Macht in den edelsten Friedensgesinnungen begegnen. Das Schreiben des Kaisers Wilhelm an den Papst zu seiner Priesterjubelfeier spricht die hohe Befriedigung aus, daß der Kaiser und der Papst in ihrem Alter noch den religiösen Frieden herzustellen vermocht hätten. Der Papst erwidert das Glückwunschschreiben alsbald mit einem eigenhändigen Schreiben, in welchem er dem Kaiser seinen lebhaften Dank ausspricht und den Gefühlen des Kaisers sich voll anschließt. Während der Friede über den Höhen leuchtet, sollen im Moselthale noch immer die Brandfackeln der Zwietracht ihr wildes Werk verrichten: das Volk soll noch immer dem Staate und der Regierung gegenüber in Haß und Abneigung erhalten werden. Selbstverständlich dürfte durch diese Bloßlegung des eigentlichen Versammlungszweckes nicht nur dem katholischen Beamten, sondern einem jeden wahrhaft patriotisch gesinnten Bürger, dem der innere Friede des Vaterlandes höher steht als die Sonderinteressen einer Partei, das „treibende Motiv" an die Hand gegeben sein, daß ihr von einer solchen Versammlung fernbleibt. Es giebt ja gewisse Leute, die sich nun einmal nicht mit dem Gedanken vertraut machen können, daß Staat und Kirche in friedlicher Weise miteinander an dem hohen Zwecke der Beglückung der Völker arbeiten. Sie begnügen sich aber nicht damit, den edelsten Bestrebungen des Staates nach dieser Seite hin, wo und wie sie nur können, hindernd in den Weg zu treten, sie sehen auch alles darein, daß noch immer das „Schreckbild" des Culturkampfes, das freilich nur mehr in ihrer Einbildung besteht, in den Blättern und Blättchen ihrer Richtung dem Volke vor den Augen bleibe. Die katholischen Kreise der westlichen Provinzen wissen es längst, daß man nur mehr in künstlicher und gekünstelter Weise die Erinnerung an die Zeit des Culturkampfes aufrecht zu erhalten vermag. Und wenn die große Mehrzahl der Katholiken, des ewigen Haders müde, keine Veranlassung mehr zu Anklagen und Anschuldigungen der Regierung finden kann, dann nennt man dieses eine „Versumpfung" des Culturkampfes, wogegen man sich mit Hand und Fuß zu wehren hat. Kurz gesagt: Man will keinen Frieden, selbst dann nicht, wenn er aus den Händen des Papstes angeboten wird. Die Katholikenversammlung zu Trier soll dies aufs Neue darthun. Dafür bürgt neben der ausdrücklichen Erklärung der Umstand, daß Windthorst sein Erscheinen zugesagt hat und die Versammlung in der Bischofsstadt des Herrn Korum stattfinden wird. Diese beiden Herren und die übrigen, die vor und hinter den Coulissen mithelfen — sie werden sicherlich eine stattliche Menge „treibender Motive" zum erneuten Kampfe, zur Erregung der Gemüther und zur Verdächtigung der Regierung zu Tage fördern.

* Die „Freisinnige Zeitung" fabelt von der Verlegenheit der nationalliberalen Partei und Presse über den „Spiritusring". In verschiedenen Blättern wird nun darauf hingewiesen, daß ein großer Theil der bei der Coalition im Vordergrunde stehenden Personen gute Fortschrittler sind, von dem Leiter und dem Aufsichtsrathsmitgliede der „Deutschen Bank", den Reichstagsabgeordneten Siemens und Bamberger, bis auf die zahlreichen Spritfabrikanten, welche sich der Coalition angeschlossen haben. Es wird wohl wieder einmal eine gründliche Säuberung der deutschfreisinnigen Partei von unzuverlässigen Elementen vorgenommen werden müssen.

* Unter der Ueberschrift: Zur Erziehung der katholischen Geistlichkeit" lesen wir in der „Straßburger Post":

Das Bulletin ecclésiastique de Strasbourg theilt unter der Ueberschrift „Nos Petits-Séminaires" Folgendes mit: „Das Knabenseminar zu St. Stephan in Straßburg wird vom 1. September des laufenden Jahres ab „Bischöfliches Gymnasium — Knaben-Seminar", anerkannt unter diesem Titel durch den Staat und im Besitz aller Vorrechte eines deutschen Gymnasiums: Zeugniß für das einjährig-freiwillige Jahr, Abiturientenexamen &c. An der Spitze des Gymnasiums bleibt Dr. Fuß mit seinen alten Befugnissen als Director; das Internat wird ein Convict, dessen Leiter, vom Bischofe ernannt, den Titel Superior führen wird. Erziehung (éducation) und Unterricht (instruction) werden unterschieden, aber nicht getrennt sein; das Statut, von den betheiligten Parteien mit unterzeichnet, regelt die Beziehungen zwischen Superior und Director. Alle Lehrer werden vom Bischofe ernannt und von der Regierung bestätigt; es sind natürlich Katholiken, denn der Unterricht entspricht genau den Grundsätzen des katholischen Glaubens. Die Organisation der Classen und das Programm der Studien richtet sich nach den Schulgesetzen. Mit einem Worte: St. Stephan wird ein vollberechtigtes Gymnasium, in dem die katholische Jugend des Elsasses sich nach Wahl der Eltern sowohl auf den Dienst des Heiligthums, als auf die Laufbahnen der Welt vorbereiten kann. Das legt dem Bisthum schwere Opfer auf, deren Last aber Gläubige und Klerus erleichtern wollen in Gemäßheit der halbjahrhundertlangen Ueberlieferung ihrer christlichen Mildthätigkeit. Zillisheim, weniger begünstigt für den Augenblick, bleibt Petit-Séminaire (Knaben-Seminar), sinkt aber zu einem bischöflichen Progymnasium herab, welches nur bis nach Obertertia classische Bildung zu geben vermag. Was die beiden Secunda und die beiden Prima anlangt, so müssen deren Schüler den Cursus des bischöflichen oder eines anderen Gymnasiums folgen. Der Mangel an entsprechenden Lehrern hat den Bischof diese harte Nothwendigkeit annehmen lassen müssen. Aber je nachdem das Personal sich ergänzen wird, wie der Staat es verlangt, kann Zillisheim von Classe zu Classe zum vollberechtigten Gymnasium wieder emporsteigen."

Alle, welchen es um die Herbeiführung einer den deutschen Verhältnissen entsprechenden wissenschaftlichen Vorbildung für die katholische Geistlichkeit des Reichslandes zu thun war, werden die eben erwähnte Maßregel nicht ohne Befriedigung begrüßen. Handelt es sich auch vorläufig nur um einen vorbereitenden Schritt, so wird es doch mit der Zeit dazu gelangen, daß das Abiturientenexamen und das Studium auf einer katholisch-theologischen Universitätsfacultät die Vorbedingungen zum Eintritt in das Priesterseminar bilden. Man kann eben einerseits die wissenschaftliche Vorbereitung für den Priesterstand gar nicht hoch genug wünschen und muß andererseits Werth darauf legen, daß diese Vorbereitung im deutschen Geiste stattfindet. Gegenwärtig liegt die Sache leider ganz anders. Gleich einer, bei der allgemeinen Ablösung vergessenen aber dem Deutschthum bisher unbemerkt gebliebenen Schildwache ragt als „letzter Zeuge vergangener Pracht" weit in das deutsche Sprachgebiet noch inselartig die französische Amtssprache und Bildung der katholischen Geistlichkeit herein. Die evangelischen und die israelitischen Cultusbehörden des Reichslandes verkehren mit den ihnen unterstellten Organen längst nur noch in deutscher Sprache, in welcher auch ihre allgemeinen Ausschreiben erlassen werden; unsere Landesbischöfe halten sich aber noch zu gewissenhaft an den die französische Geschäftssprache vorschreibenden französischen Staatsrathsbeschluß vom 30. Januar 1685, der im Band I der Ordonnances d'Alsace auf Seite 145 zu finden ist. Gegen die Verwendung der lateinischen Kirchensprache für den rein inneren Dienstverkehr hat sich noch nie eine französische oder deutsche Regierung aufgelehnt; warum aber innerhalb des deutschen Sprachgebiets die Tauf-, Trau- und Beerdigungsverzeichnisse, sowie der dienstliche Briefverkehr auch jetzt noch in französischer Sprache fortgeführt und noch in französischer Sprache ein so großer Theil der Predigten gehalten werden, erscheint für Laien unverständlich.

* * *

* Der dänische Kriegsminister Bahnson hat dieser Tage in seinem Wahlkreise Frederiksberg wieder eine politische Rede gehalten, in welcher er sich natürlich von der Beschuldigung der Deutschfeindlichkeit und des Chauvinismus rein zu waschen versuchte. Seine Rede in Sagkjöbing sei unrichtig referirt und tendenziös ausgebeutet worden. Er habe gegen das freundschaftlich gesinnte Deutschland keine feindselige Sprache geführt und habe stets nur das Wohl und die Sicherheit des Vaterlandes vor Augen. Als Panegyriker des Kriegsministers fungirte der Obergerichtsanwalt Salomonsen, welcher den Wählern die Unentbehrlichkeit des Herrn Bahnson für das Gedeihen des Vaterlandes darlegte. Die oppositionelle Presse tritt den Ausführungen beider Redner scharf entgegen und hält an der Auffassung fest, daß der Rücktritt des Kriegsministers eine politische Nothwendigkeit sei.

* Einer Correspondenz des „National" aus St. Petersburg entnehmen wir folgende Stelle, welche im Wesentlichen mit den neuesten Auslassungen des „Nord" übereinstimmt:

„Der Tod Katkow's", sagt der Gewährsmann des Correspondenten, „war für eine große Anzahl Ihrer revolutionairen oder fortschrittlichen Blätter die Gelegenheit zur Wiederaufnahme des anläßlich des Schnäbele-Handels eingeleiteten Feldzugs, welche auf den Zaren und mehrere seiner Rathgeber eine sehr ungünstige Wirkung verursacht hatte. In diesem Feldzug lag eine doppelte Indiscretion. Weil die russische Nation und ihr Souverain Ihnen einige Sympathie bezeigten, suchen Ihre fortschrittlichen Blätter Frankreich und Europa zu überzeugen, daß, wenn der Kampf zwischen Ihnen und Deutschland morgen ausbräche, Rußland sogleich mit Ihnen losschlagen würde. Solche Uebertreibungen wären schon gefährlich genug, wenn sie in Frankreich blieben. Aus den auswärtigen Kreisen herausgeboten, fallen sie geradezu zum Schaden Frankreichs aus. Erst kürzlich sagte ein Diplomat, der Ihnen sehr geneigt ist, ärgerlich: „Was wollen denn diese rothen Kläffer mit ihren lärmenden Kundgebungen zu Gunsten Rußlands? Glauben sie, man zwinge Se. Majestät zu einem Kriege, wie ein Taschenspieler einen Zuschauer zwingt, eine gewisse Karte zu nehmen?" Dieser Eindruck malt ziemlich genau die gegenwärtige Stimmung des Zaren. Mehr als einmal hat er in der letzten Zeit seine Ungeduld über die dreiste Art geäußert, mit der Ihre rothen Blätter sich ihm als Bundesgenossen aufdrängen. Wenn aber der Zar für Frankreich einige Sympathie hegt, so verdanken Sie das wahrlich nicht jenen Organen — im Gegentheil. Daß Deroulède in Nishnei-Nowgorod vor den Kaufleuten reden will, hat Se. Majestät keineswegs besänftigt. Die Erinnerung an die letzten Pariser Auftritte, zu denen sich nun die Reise einer Persönlichkeit gesellt, welche trotz der officiellen oder officiösen Dementis für die Russen den Charakter eines Delegirten, eines Vertreters von Hitzköpfen und Heulmeiern hat, rief am Hofe in der Umgebung des Zaren eine heftige Unzufriedenheit und Verstimmung hervor. Die Folge davon war, daß alle französischen Blätter aus dem kaiserlichen Palaste verbannt wurden. Nicht einmal Auszüge derselben werden dem Zaren mehr vorgelegt, so entschieden lautete sein Verbot."

* Die französische Republik und das französische Volk vollenden binnen Kurzem — am 4. k. M. — das 17. Jahr ihrer gemeinsamen Existenz, und doch kennt man sich gegenseitig noch so wenig, daß es den jeweiligen Leitern der Geschäfte nicht erspart bleibt, bei jedem halbwegs passenden Anlaß immer von Neuem die Grundsätze darzulegen, nach welchen die öffentliche Entwickelung, wie sie meinen, erfolgen muß, wenn Staat und Volk mit einander auskommen sollen. So hat denn auch der zeitige Conseilspräsident Rouvier auf dem Bankett der Pariser Spielwaarenfabrikanten eine Rede zum größeren Ruhme der Republik gehalten, die es Allen recht machen will und sich deshalb inter pocula auch ganz leidlich ausnimmt. Als Herr Rouvier vor Monaten seinen schwierigen Posten antrat, debutirte er mit sehr verlockenden Reformprojecten, die aus der richtigen Erkenntniß hervorgegangen waren, daß schwere Schäden am Lebensmark des Staates zehrten und gebieterisch Abstellung verlangten. Er nahm auch einen vielversprechenden Anlauf zur Heilung der öffentlichen Gebrechen; allmälig aber wurde das Tempo seines Reformdranges immer langsamer; es zeigte sich, daß das Interesse der Gesammtheit nur durch einen scharfen Schnitt in die Wuchergebilde des Partei- und Cliquenwesens gewahrt werden könne, und, statt diesen Schritt zu thun, sehen wir das Cabinet Rouvier in beständigem Parlamentiren mit jenen Elementen, welche theils zur Revolution, theils zum Kriege, theils zu Beidem hetzen. Es sind das gefährliche Klippen, zwischen denen das Cabinet unaufhörlich hin- und herlaviren muß, und seine innere Lebenskraft wird durch solche aufreibende Thätigkeit um so eher und gewisser erschöpft werden, als es nicht sowohl aus der Kraft innerer Ueberzeugung seines Amtes waltet, sondern selbst ein Kind seiner Zeit ist, einer Zeit, welche in Frankreich die gährenden Elemente nach der Oberfläche drängt. Herr Rouvier vertheidigt sein Regime und behauptet, es empfinge von Niemandem Rathschläge oder Inspirationen. Mit dem Tage aber, an welchem es nothwendig werden wird, an die ganze Lebenskraft des Landes zu appelliren, rechnet Herr Rouvier augenscheinlich als einer im Princip durchaus feststehenden Eventualität, bei der nur noch die Frage des Wann eine offene ist. Wenn Herr Rouvier wirklich weder Rathschläge, noch Inspirationen empfängt, so schließt das aber keineswegs aus, daß sein Regime nicht auch ohnedies in dem Fahrwasser einhertreibt, welches man gewissermaßen die gebundene Marschroute des französischen Staatsschiffes seit 1870/71 nennen kann, und über deren letzte Ziele die Sorge Rouvier's um die französische Einheit der Action hinlänglichen Aufschluß ertheilt.

* In dem bereits telegraphisch angezeigten Artikel der „Moskauer Zeitung", welcher die Behauptung als eine gänzlich irrige bezeichnet, daß Katkow Deutschland fanatisch gehaßt, Frankreich dagegen geliebt habe, heißt es:

Katkow habe eigentlich nur Rußland fanatisch geliebt. In Fragen der internationalen Politik habe er sich von der Ueberzeugung leiten lassen, daß man das Wohl des eigenen Landes und der Landesangehörigen über alles Andere stellen müsse, deren Interessen nicht fremden Interessen opfern dürfe und daß man sich in der internationalen Politik, da die politischen Verhältnisse einem steten Wechsel unterworfen seien und der Feind von heute vielleicht morgen unser Freund sein könne, aller blinden fanatischen Feindseligkeitsgefühle zu enthalten habe. Diesen Grundsätzen sei Katkow niemals untreu geworden und schon damit werde das alberne Märchen hinfällig, daß Katkow die Deutschen gehaßt und die Franzosen geliebt habe. Katkow sei bis an sein Lebensende ein tiefer Verehrer der deutschen Wissenschaft gewesen und habe die deutsche Literatur und Kunst als nachahmenswerthe Vorbilder für Rußland hingestellt, er habe weder Deutschland, noch die Deutschen gehaßt, letztere im Gegentheil wegen der Grundzüge ihres Charakters, wegen ihres Fleißes, ihrer Ausdauer, ihrer Herzensgüte hoch geschätzt. Seit den politischen Ereignissen, die Preußen an die Spitze Deutschlands gestellt hätten, habe indeß nur Deutschland Nutzen aus der russisch-deutschen Freundschaft gezogen, Rußland habe sich in der Fähigkeit seiner Diplomatie, ohne Nachtheil für die Würde und die Interessen Rußlands die Freundschaft mit Deutschland zu unterhalten, bitter getäuscht, unter diesen Umständen sei es nothwendig geworden, daß Rußland die Freiheit seiner Action sich wieder genommen habe. Katkow habe immer nur das Eine gefordert, daß Rußland in allen internationalen Fragen volle Selbstständigkeit und unbedingte Freiheit haben müsse. Ein Bündniß mit Frankreich sei vorerst unmöglich, weil man dasselbe unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit Niemand in Frankreich abschließen könne, auch würden Rußland durch jedes Bündniß, sei es mit Frankreich oder mit Deutschland, nur die Hände gebunden werden, ein Krieg mit Deutschland würde so wenig wünschenswerth sein, wie irgend ein anderes nationales Unglück. Frankreich könne für Rußland nur dann von politischem Interesse werden, wenn es eine feste, energische, stetige Regierung erhalte, gleichviel welcher Herkunft dieselbe auch sei. Nur unter dieser unerläßlichen Bedingung könne Frankreich auf die ihm zukommende Rolle im europäischen Concerte und auf eine sympathische Mitwirkung Rußlands rechnen.

* Einen trefflichen Maßstab für die Selbsttäuschung, der man sich in Paris hingiebt, bieten die Beurtheilungen der Rede des Königs Leopold II. in der Pariser Presse. Man ist sich nämlich einig darüber, daß die königlichen Worte gegen — Deutschland gerichtet gewesen sind. „National" meint, „König Leopold II. gab auf würdige Weise der Unruhe Ausdruck, welche ihm die Nachbarschaft Deutschlands einflößt." „Soleil" bemerkt: „Es liegt auf der Hand, daß der König der Belgier nicht an Frankreich dachte, als er davon sprach, daß Belgien vielleicht überrascht werden könnte und gezwungen wäre, sich zu vertheidigen. Belgien hat zwei große Nachbarn: Deutschland und Frankreich, und wenn einer derselben daran denkt, sich auf Belgiens Unkosten zu vergrößern, so wird es gewiß Frankreich nicht sein. Für Belgien wie für Holland, Dänemark und alle anderen kleinen Staaten droht die Gefahr nicht von Frankreich her, sondern vielmehr von Deutschland." Clemenceau's „Justice" geht noch weiter und giebt Leopold II. den Rath, Holland wieder mit Belgien zu vereinigen und die Rolle eines Victor Emanuel zu spielen.

* Ueber die definitive Besetzung des italienischen Ministeriums des Aeußern fehlen noch immer positive Daten; Alles was über die Verhandlungen mit dem Baron Blanc und anderen Persönlichkeiten verlautet, soll auf bloßer Combination beruhen. Auch die Besetzung des vacanten Posten eines Generalsecretairs in jenem Ministerium dürfte noch einige Zeit auf sich warten lassen und erst erfolgen, wenn der neue Minister des Aeußern bereits ernannt sein wird, was in der nächsten Zeit kaum geschehen dürfte.

* Die Congo-Regierung veröffentlicht eine Bekanntmachung, wonach alle Nachrichten von einer Ermordung Stanley's auf Erfindung beruhen. Auch König Leopold erklärte, wie aus Brüssel gemeldet wird, mehreren Personen gegenüber die Meldung von der Ermordung Stanley's für eine plumpe Erfindung.

* Die republikanische Staats-Convention von Pennsylvanien genehmigte ein Programm zu Gunsten der Aufrechterhaltung des Zolltarifs und der Pflege amerikanischer Fabrikate, bis die Hülfsquellen des Landes jeden Verbrauchsartikel liefern, den sie auf natürlichem Wege erzeugen können. Das Programm verlangt den Schutz der heimischen Arbeit gegen ausländische durch kräftige Nationalgesetze, sowie durch eine strikte Aufsicht über die Einwanderung, und dringt auf die Schaffung einer amerikanischen Handelsmarine durch Exportprämien und Differentialtarife auf durch amerikanische Schiffe eingeführte Waaren. Endlich billigt das Programm die Präsidentschaftscandidatur Blaine's und drückt Sympathie für Gladstone und Parnell aus.

Aus Oesterreich.

* Die schon erwähnte Rede des Herrn v. Plener in der Prager Versammlung der Vertrauensmänner der Deutschen in Böhmen lautet wörtlich:

Der Austritt der deutschen Abgeordneten aus dem Landtage wurde sofort von der ganzen Bevölkerung mit Zustimmung begrüßt. Es handelt sich heute nicht blos um eine nachträgliche Genehmigung, sondern um eine ernste Erwägung der künftigen Haltung. Der Austritt aus dem Landtage war nicht eine leere Demonstration; wenn er auch hervorgerufen wurde zunächst durch die rücksichtslose Ablehnung unserer Anträge, so soll er doch die Bedeutung eines ernsten, äußersten Kampfmittels festbesitzen. Die Abstinenz soll den Gegnern den Beweis von der unerschütterlichen Gesinnung der deutschen Wählerschaft geben und von der Unmöglichkeit, mit Ausflüchten und Redensarten den großen Conflict dieses Landes zu beschwören. Darum hat Dr. Schmeykal in unserer Erklärung vom 22. December 1886 ausdrücklich unsern Wiedereintritt von gewissen Bürgschaften abhängig gemacht. Man muß sich aber auch über Diejenigen klar sein, welche diese Bürgschaften zu bieten haben. Gewöhnlich denkt man hierbei nur an die Führer der czechischen Partei. Insbesondere ist es das Streben der Regierung und ihrer Organe, den gegenwärtigen deutsch-böhmischen Conflict als interne parlamentarische Landtagssache beider Parteien zu bezeichnen, an welcher sie keinen Theil und kein Verschulden habe. Nun ist es doch klar, daß die Ursache und Veranlassung des gegenwärtigen deutschböhmischen Conflictes und unseres Austrittes wesentlich durch die Maßregeln der Regierung hervorgerufen ist. Es giebt allerdings einen nationalen Kampf an der Sprachgrenze, der ausschließlich zwischen beiden Volksstämmen geführt wird, allein der wichtigere Theil des nationalen Streites bezieht sich auf die Sprachenverordnung und die damit zusammenhängenden Maßregeln der Regierung. Allen unseren Forderungen setzt die Regierung ihr Nein entgegen, so der Aufhebung der Sprachenverordnung, der Abgrenzung der Bezirke, der Zweitheilung des Obergerichtes, des Landesschulrathes und des Landesculturrathes, ferner im Reichsrathe der deutschen Staatssprache. Auf alle diese Forderungen, welche nur durch die Regierung gewährt werden können, erhalten wir ihre ablehnende Antwort. Diejenigen, die an der Macht sind, die zu gewähren in der Lage sind, sind es, wenn sie den Frieden wollen, welche den ersten Schritt thun müssen. So wie die Dinge heute liegen, hat sich die Situation seit unserem Austritt verschärft. Unmittelbar nach demselben schien es einen Augenblick, als ob von der anderen Seite der Versuch gemacht werden sollte, unsern Wiedereintritt herbeizuführen. Allein nichts davon ist geschehen. Unsere Mandate wurden für verfallen erklärt. Die Regierung schreibt Neuwahlen aus, als ob es sich um gewöhnliche Ergänzungswahlen handelte, und will die große politische Bedeutung unseres Austrittes ignoriren. Das deutsche Volk in Böhmen, wenn es auch in der Minderheit ist, ist aber ein so starker Factor in der ganzen österreichischen Politik, daß es sich die geringschätzende Behandlung unmöglich gefallen lassen kann. Darum werden seine Abgeordneten heute sich auch nicht mehr mit der einfachen formellen Zuweisung eines neuen Antrages unsererseits begnügen, der dann wieder abgelehnt werden würde. Sie werden sich auch nicht begnügen mit einer theilweisen Erfüllung unserer Forderungen. Wenn man einmal die Abstinenz ergriffen hat, dann soll sie so lange fortdauern, bis ein definitiver Friede und dauernde Ordnung aller nationalen Streitfragen im Lande möglich ist. Eine solche ist aber nur unter der Voraussetzung des Entgegenkommens von Seite der czechischen Führer und der Regierung möglich. Heute stehen die beiden Standpuncte einander schroff gegenüber, daher hätten jetzt Verhandlungen mit der anderen Seite gar keinen Nutzen. Man würde sich Mangel an Verständlichkeit gegenseitig vorwerfen, und die Erbitterung solcher fruchtloser Verhandlungen würde den Conflict im Lande nur noch verschärfen. Es müssen, wenn man überhaupt die Deutschen versöhnen will, die Hauptgrundsätze ihrer Forderungen über die Abgrenzung der Bezirks-Organisation und der Sprache der Gerichte von den Gegnern anerkannt werden. Damit erst wäre eine Unterlage für die gemeinsamen Verhandlungen gegeben. Darum möge die heutige Versammlung den neu zu wählenden Abgeordneten heute schon die Vollmacht ertheilen, zu beurtheilen, wann jene Bürgschaften geboten sein werden. Die deutschen Abgeordneten werden dieses Mandat nicht mißbrauchen; denn so lebhaft ist der Contact zwischen den Abgeordneten und ihren Wählern in diesem Lande, so sehr durchdrungen ist jeder Abgeordnete von den nationalen Bedürfnissen seines Volkes, daß ein leichtsinniges Abkommen oder ein fauler Friede nicht zu befürchten ist. Die deutschen Abgeordneten haben bisher bei allen großen Actionen fest und einig zusammengestanden, trotz mancher allgemeiner politischer Meinungsverschiedenheiten, und ebenso einmüthig war bisher die Haltung des deutschen Volkes in Böhmen. In dieser einigen Haltung, in der Unterordnung der Sondermeinungen und Sonderbestrebungen allein liegt die Gewähr der Interessen unseres Volkes.

Weder die Regierung, noch die Czechen werden auf die Forderungen Plener's eingehen; das ist bereits aus den vorliegenden Stimmen deutlich zu entnehmen. Die Versöhnung geht das Versöhnungs-Ministerium nichts an, ist der kurze Inhalt dessen, was die inspirirten Blätter auf Plener's Rede zu erwidern haben.

Statistisches aus dem Königreich Sachsen.

V.

J. Bestätigte Sparcassen gab es im Jahre 1885 im Königreich Sachsen 197 (5 mehr als im Vorjahre), wovon speciell auf den kreishauptmannschaftlichen Bezirk Leipzig 46 (2 mehr als im Vorjahre) entfallen, außerdem kommen auf die kreishauptmannschaftlichen Bezirke Dresden, Zwickau und Bautzen bezw. 56, 70 und 25 bestätigte Sparcassen. Die Gesammtactiven der sächsischen Sparcassen betrugen im Jahre 1885: 464,654,885 ℳ speciell bei denen der Kreishauptmannschaft Leipzig 155,345,230 ℳ

Ueber die Elbschifffahrts-Verhältnisse in Sachsen während des Jahres 1886 ist nach dem statistischen Jahrbuche Folgendes zu berichten: Es waren am Schlusse des Jahres an Elbfahrzeugen registrirt: 25 Personen-Dampfschiffe, 6 Güterdampfschiffe (Porteurs), 15 Radschleppschiffe (Remorqueurs), 8 Kettenschleppschiffe (Toueurs), 1 Dampffähre, 506 Segel- und Schleppschiffe mit zusammen 2,542,549 Ctr. Tragfähigkeit. Die Dauer des Schifffahrtsverkehrs erstreckte sich vom 1. April bis mit 22. December oder auf 226 Tage (im Vorjahre 303 Tage). Es passirten an beladenen und unbeladenen Fahrzeugen aller Art zu Thal und zu Berg die Niederwarthaer Elbbrücke in Summa 18,409, die Riesaer Elbbrücke 13,798; zusammen also 32,207 Fahrzeuge (gegen 35,501 im Vorjahre).

Die Länge der Staatsstraßen im Königreich Sachsen betrug am Schlusse des Jahres 1885 überhaupt 3,703,107 Meter, wovon speciell auf den Straßenbau-Inspections-Bezirk Leipzig 382,909 Meter entfallen.

Bezüglich der Dampfkessel- und Dampfmaschinenstatistik ist aus dem Statistischen Jahrbuch zu berichten, daß am 1. Januar 1886 im ganzen Lande 5557 feststehende Dampfkessel mit einer Heizfläche von 243,238 Quadratmeter und 6267 feststehende Dampfmaschinen mit 96,606 durchschnittlich ausgeübten Pferdekräften vorhanden waren. Hiervon kommen auf die Stadt Leipzig 286 feststehende Dampfkessel mit 8983 Quadratmeter Heizfläche und 299 feststehende Dampfmaschinen mit 2848 durchschnittlich ausgeübten Pferdekräften, während auf die Amtshauptmannschaft Leipzig 306 dergl. Dampfkessel mit 14,496 Quadratmeter Heizfläche und 367 dergl. Dampfmaschinen mit 5527 durchschnittlich ausgeübten Pferdekräften entfallen.

Die Ausgaben der Ortsarmenverbände für Armenzwecke betrugen im Jahre 1885 im ganzen Lande 5,575,080 ℳ und entfallen die Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung mit 1.75 ℳ, pro Kopf der Unterstützten 63.14 ℳ; speciell in der Stadt Leipzig betrug die Zahl der Unterstützten pro 1885 9277, die Ausgabe 737,676 ℳ und entfallen die Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung dagegen mit 4.33 ℳ, auf den Kopf der Unterstützten aber 79.52 ℳ (in der Stadt Dresden mit 12,750 Unterstützten pro Kopf der Bevölkerung 5.57 ℳ, pro Kopf der Unterstützten 107.52 ℳ).

Die Zahl der im Königreich Sachsen im Jahre 1886 wegen Bettelns und Vagabondirens bestraften Personen beträgt insgesammt 17,233 (gegen 18,340 im Vorjahre) und zwar gelangten zur Anzeige und Bestrafung bei den Amtshauptmannschaften 1538.